

PRESSEMITTEILUNG

Bielefeld, 07.07.2018

Seit dem gestrigen Freitag sind die Pläne der NRW-Regierung für die Verbesserung schulischer Inklusion bekannt. Diesem Anspruch werden die vorgestellten Eckpunkte nicht gerecht.

„Wir nehmen mit Erschütterung zur Kenntnis wie Schulministerin Yvonne Gebauer exklusive Verhältnisse zementiert und ausbaut, statt mit innovativen Strategien inklusive Schulbildung zu fördern.“ äußert sich empört Romy Suhr vom Elternverein die Inklusiven e.V. Bielefeld/ OWL.

„Besonders verstörend sind für uns die geplanten „Behindertenklassen“ in Regelschulen. Sie verstoßen gegen den partizipativen Leitgedanken der UN-BRK, indem gleichberechtigte Kinder ausgegrenzt und wie im Zoo vorgeführt, statt einbezogen werden.“

Zahlenmäßige Begrenzungen von Klassenstärken, klare Stellen-Zuweisungen von Sonderpädagogen und Mindestzahlen von Förderkindern/ pro Klasse könnten positive Aspekte sein, wenn nicht auf der anderen Seite diese Grenzen so eng gesetzt wären, daß kaum eine Schule sie erfüllen kann, geschweige denn die Landesregierung selbst, die für die Personalausstattung verantwortlich ist.

Die Definition von Sonderpädagogik als Gelingensbedingung für Inklusion und die Rückabordnung der Sonderpädagogen an die wiederbelebten Sonderschulen wird eine weitere Verschärfung der Situation bringen.

Die Zahl der Schulen des Gemeinsamen Lernens wird deutlich zurückgehen. Deren Plätze werden nicht reichen. Der teure Wieder-Ausbau der Sonderschulen geschieht also, um eine Beschulung derjenigen sicherzustellen, die keinen Platz im Gemeinsamen Lernen erhalten.

"Enttäuschend" bezeichnet es Romy Suhr, daß mit keinem Wort von den so wichtigen Inklusionspädagogen oder von übergreifenden Strategien für die Inklusion einer vielfältigen Schülerschaft gesprochen wird, unter Einbeziehung von Digitalisierung.

Es werden pädagogische Konzepte der Schulen verlangt, ohne zu bedenken, daß Konzepte nur so viel Wert sind, wie sie anhand der Ressourcen auch umsetzbar sind.

Bisherige Probleme der Umetikettierung neurotypischer Kinder und Bevorzugung „leichter Fälle“ werden durch diese Politik nicht gelöst, sondern eher gefördert.

Selbst die Eltern, deren Kinder einen der raren Plätze im Gemeinsamen Lernen (unpräzise „inklusive Klassen“ genannt) ergattern, werden weiter die unzureichenden Rahmenbedingungen kompensieren müssen. Lange Fahrtzeiten sind nur ein Aspekt der mittelbaren Diskriminierung von Eltern.

Dies geht alles auf Kosten einer weiteren Generation von Schülern, die zufällig mit einer angeborenen oder erworbenen Beeinträchtigung leben. Ihnen bleibt der Zugang zu inklusiver Bildung verwehrt und damit wichtige Chancen zur Befähigung, die eng an das Erlernen sozialer Codes in der allgemeinen Gesellschaft gebunden sind.